



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießbübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Helmut Schnotz** CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/8931, 19/10693

Verwaltung entbürokratisieren I: Verwaltungsvereinfachung bei Transferleistungen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich mit Nachdruck auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Kommission zur Sozialstaatsreform ihre Arbeit so ausgestaltet, dass spätestens bis Ende des Jahres 2025 erste konkrete Reformvorschläge zur Verwaltungsvereinfachung vorliegen.

Eine nachhaltige Verwaltungsvereinfachung muss auf ein System zielen, das existenzsichernde Leistungen für die gesamte Familie aus einer Hand gewährt. Hierzu müssen die Schnittstellen zwischen Wohngeld, Kinderzuschlag, Bürgergeld und Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) vermindert und soweit möglich beseitigt werden. Erforderlich ist die Zusammenführung einzelner, mehrerer oder aller genannten bedürftigkeitsabhängigen Leistungssysteme.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident